

# Schnelle Lösung in Afghanistan nicht in Sicht

von Thomas Ruttig

Der unerwartete Fall des afghanischen Präsidenten Najibullah nach seinem mißglückten Fluchtversuch am 16. April verhinderte in letzter Minute die Umsetzung des UNO-Friedensplanes, mit dessen Hilfe der fast 14 Jahre währende Bürgerkrieg in Afghanistan beendet werden sollte. Möglicherweise ging der von Europäern erdachte Plan an den afghanischen Realitäten vorbei. Die antikommunistischen Mujahedin hatten ihm ohnehin nur widerwillig zugestimmt. Doch dann brach mit Beginn der Frühlings Schneeschmelze unerwartet die militärische Basis des Kabuler Regimes. Seit mehreren Jahren hatte es sich immer mehr auf lokale Milizen gestützt, um bestimmte Regionen zu kontrollieren, als auf die von Desertionen und Zwangsrekrutierungen untergrabene Moral der regulären Streitkräfte. Im Februar und März sagten sich die usbekischen, tadshikischen und ismailitischen Milizen der "Generäle" Dostam, Abdul Momin und Mansur Naderi in den Nordprovinzen Mazar-e Sharif, Samangan und Baghlan von Najibullah los, als dieser versuchte, einen Stellvertreter Momins, einen Tadshiken, durch einen Angehörigen seines eigenen, paschtunischen Volkes zu ersetzen.

Der zu Verhandlungen mit den Rebellen nach Mazar-e Sharif entsandte stellvertretende Verteidigungsminister Azemi nutzte die Gelegenheit, sich auf die Oberhand gewinnende Seite zu schlagen. Eine Woche später tauchte er an der Spitze eines Rates von Armeekommandeuren auf, der die Hauptstadt Kabul kampflos an die näherrückenden Mujahedin Ahmad Shah Masuds übergab und sich zum Mitgaranten der Verhinderung der Machtübernahme des islamistischen Mujahedinführers Gulbuddin Hekmatyar machte. In dieser Koalition fanden sich Armeeeinheiten unter dem Kommando von Offizieren, die den afghanischen nationalen Minderheiten angehören, sowie ehemals ebenfalls regimetreue Milizen dieser Minderheiten Seite an Seite mit den eben noch streng verfeindeten Mujahedin Masuds wieder - die sich ebenfalls mehrheitlich aus den Minderheiten rekrutieren. Obwohl es nur um die Macht ging, schien es, als ob sich Afghanistan entlang ethnischer Grenzen neu organisierte und als ob aus einem Bürgerkrieg zwischen ideologischen Gegnern nun ein ethnischer Konflikt werde.

## Falscher Schritt Najibullahs

Paradoxiertweise ging die Taktik der Mujahedin, Kräfte aus der von Najibullah zusammengehaltenen Regierungskoalition zu brechen, zu einem Zeitpunkt auf, als niemand mehr damit rechnete. Was jahrelanger Raketenbeschuss gegen die Zivilbevölkerung der von Regierungstruppen kontrollierten Städte und Blockaden der Nahrungsmittelversorgung nicht vermocht hatten, setzte ein einziger falscher Schritt Najibullahs in Gang.

Die Früchte dieser Wendung genießen die Mujahedin, und besonders ihre Kommandeure im Inland wie Masud oder der neue Justizminister Jalaluddin Haqqani, der gleichzeitig Vorsitzender des Ältestenrates der Kommandeure ist, der die Sicherheit in Kabul garantieren

soll. Ahmad Shah Masud von der Jamiat-e Islami scheint die meisten Karten in der Hand zu halten. Sein Aufruf von Ende April an die anderen Mujahedin-Gruppen, Kabul nicht zu beschießen und dort nicht einzumarschieren, verschaffte ihm unter der kriegsmüden Bevölkerung in Kabul weiteres Ansehen, auch unter denjenigen, die der Regierung Najibullahs loyal oder indifferent gegenüberstanden. Diese Basis sowie die Allianz mit Milizen und Armeeeinheiten versetzte Masud auch in die Lage, die Bildung einer reinen Mujahedin-Regierung anstatt des Koalitionskabinetts "auf breiter Basis", wie sie der UN-Plan vorschah, zu fordern.

## Masud und Hekmatyar

Die nächste Runde der Auseinandersetzungen spielte sich zwischen den "Gemäßigten" um Masud und den harten Islamisten um Hekmatyar ab. Ende April und Anfang Mai kämpften sie militärisch und unter neuen Opfern um die Kontrolle über Kabul. Schließlich setzte sich Masud durch. Den Ausschlag gab seine Bündnispolitik.

General Azemi, ein Tadshike wie Masud, kündigte Widerstand für den Fall an, daß die Mujahedin Hekmatyars nach Kabul einrücken sollten. Und der Vorstoß der Mujahedin Hekmatyars wurde vor allem von den 15.000 nach Kabul eingeflogenen Usbeken-Milizionären abgewehrt.

Hinter den Auseinandersetzungen zwischen den Haupttrivalen Masud und Hekmatyar verbergen sich Widersprüche, die schon seit Jahren den Widerstand der Mujahedin gegen die sowjetische Besetzung und die Regierung in Kabul schwächten. Sie gipfelten 1988 in der Ermordung von 30 wichtigen Kommandeuren aus Masuds Rat des Nordens durch Hekmatyar-Leute.

Gegenwärtig scheinen sie sich entlang der ethnischen Bruchlinie zwischen Paschtunen (mit etwa 50 Prozent der afghanischen Gesamtbevölkerung ein-

schließlich der Flüchtlinge die stärkste Völkerschaft) und persisch sprechenden Nichtpaschtunen (Tadshiken, Hazara, dazu Usbeken) zu kristallisieren. Doch das ist nur eine Seite des Problems, allerdings eine bedeutsame, die gerade von Vertretern der bis vor kurzem in Kabul regierenden Demokratischen Volkspartei zur Durchsetzung eigener Machtinteressen hochgespielt wurde.

Ausrichtungen entlang dieser Bruchlinie führten dazu, daß sich Elemente der ehemaligen bewaffneten Kräfte der Kabuler Regierung mit unterschiedlichen Mujahedin-Gruppen verbündeten: Teile der Armee und vor allem die Luftstreitkräfte mit Massud, Teile der dem Innenministerium unterstehenden paramilitärischen Polizei (Zarendui) mit Hekmatyar.

Am 28. April, skurrilerweise einen Tag nach dem (nicht mehr gefeierten) 14. Jubiläum der April-Revolution, in deren Folge 1978 die Demokratische Volkspartei die Macht übernommen hatte, zog trotz der explosiven Lage der 51-köpfige Mujahedin-Rat unter Führung von Professor Sibghatullah Mujadedi in Kabul ein.

## Nicht alle im Rat vertreten

Doch nicht alle 51 Plätze des Rates waren besetzt. Ursprünglich sollten die zehn bedeutendsten Mujahedin-Gruppierungen jeweils fünf Vertreter in den Rat entsenden: je drei Inlandkommandanten, einen Geistlichen und einen zivilen Politiker; dazu kommt als 51ster der Vorsitzende. Doch Hekmatyars 'Hezb-e Islami Afghanistan' (Islamische Partei Afghanistans) und die 'Hezb-e Wahdat-e Islami' (Partei der Islamischen Einheit), ein Bündnis von neun überwiegend schiitischen und teilweise von Teheran gestützten Gruppen, verweigern aus verschiedenen Gründen ihre Beteiligung. Die 'Wahdat', weil sie meint, die afghanischen Schiiten seien mit nur fünf Plätzen unterrepräsentiert, Hekmatyar, weil er der Ansicht ist, die Beteiligung gemä-

Bigter, königstreuer Mujahedin-Gruppen stehe der schnellen Verwirklichung des Ziels des Jihad gegen die "ungläubigen Kommunisten", eine strenge islamische Regierung zu errichten, entgegen. Einer der Monarchisten, Mojadedi, ist für zwei Monate gar der erster Vorsitzende des Rates, und soll dann von Hekmatyars größtem Rivalen Rabbani, dem politischen Führer der 'Jamiat-e Islami', zu der auch Ahmad Shah Masud gehört, abgelöst werden.

### Unterschiedliche Auffassungen über Afghanistans Zukunft

Hinter den ethnischen Spannungen stehen sowohl Machtinteressen als auch unterschiedliche Politikansätze und Auffassungen über die Zukunft Afghanistans. Hekmatyar sieht seine Partei, eine straff zentralisierte Organisation mit Alleinvertretungsanspruch für die Zeit nach dem Sturz Najibullahs, als Avantgarde dieses Jihads. Die anderen sechs Gruppen, die ihre Hauptquartiere im pakistanischen Peshawar hatten, waren höchstens geduldete Rivalen. Hieraus resultiert auch Hikmatyars Gegenvorschlag - einen Rat zu bilden, indem die verschiedenen Gruppen entsprechend ihrer militärischen Stärke vertreten sein sollen. Dort sieht er sich selbst in der Vorhand, nicht ganz unbegründet, floß doch über mehr als ein Jahrzehnt der Löwenanteil der US-Waffen- und Finanzhilfe in Milliardenhöhe über den pakistanischen Geheimdienst ISI an ihn.

Im Rat vertreten sind sechs Organisationen, die bei aller Unterschiedlichkeit eher einem Bündnis zugeneigt sind. Die stärkste davon ist die 'Jamiat-e Islami' (Islamische Gesellschaft). Die 'Hezb-e Islami' Hekmatyars war 1976/77 als Abspaltung von der Organisation Rabbanis wegen unterschiedlicher Auffassungen über ein Bündnis mit den Ulema, den islamischen Geistlichen, entstanden. Hekmatyar lehnte das ab, weil er die Ulema als zu konservativ betrachtet.

Die zweitstärkste Gruppe ist die 'Hezb-e Islami II' unter Yunes Khales, einem Geistlichen aus der Umgebung von Jalalabad in Ostafghanistan, die traditionell in diesem Gebiet stark ist. Beide, 'Jamiat' und 'Hezb II', gelten als islamistisch, d.h. sie streben ebenfalls einen islamischen Staat an. Zu diesem Flügel - als extremste Vertreterin - zählt auch die 'Ittehad-e Islami' (Islamische Einheit) unter Abdurrah Rasul Sayyaf, die ihren Aufstieg vor allem der Ernennung ihres Chefs zum Vorsitzenden der 1980 gebildeten ersten Mujahedin-Allianz verdankt. Diese Position nutzte der bis dahin "Unabhängige" aus, um mit saudischem Geld eine eigene Organisation aufzubauen. Sayyaf und Khales wiederum hatten bis zum Schluß den

UNO-Friedensplan für Afghanistan abgelehnt.

Den gemäßigten Flügel bilden die 'Jabha-ye Nejat-e Melli Afghanistan' (Nationale Rettungsfront Afghanistans) unter Mojadedi und die 'Mahaz-e Islami-ye Milli Afghanistan' (Nationale Islamische Front Afghanistans) unter Seyyed Ahmad Gailani. Beide Gruppen stützen sich auf die Gefolgschaftstreue der islamischen Bruderschaften der Naqshbandiya bzw. Qadiriya gegenüber beiden Führern, die wiederum als Angehörige des Establishments während des Königreiches (bis 1973) Anhänger des ehemaligen Königs Zaher Shah sind. Eine Mittelstellung zwischen Islamisten und Gemäßigten nimmt die 'Harakat-e Inqelab-e Islami' (Bewegung der Islamischen Revolution) des ehemaligen Parlamentsabgeordneten Mohammad Nabi Mohammadi ein, die sich auf Netzwerke islamischer Geistlicher stützt.

### Störfall Hekmatyar

Der 51er-Rat ist eine Neuauflage der Afghanischen Interimsregierung der Mujahedin mit Sitz in Peshawar, die 1989 zerfallen war, nachdem Hekmatyar, Khales und - vorübergehend - Rabbani ihre Mitarbeit darin eingestellt hatten. Ob das ein schlechtes Zeichen ist, muß sich erst noch erweisen. Denn diesmal sind die Inlandkommandeure, bei denen augenblicklich die wirkliche Macht liegt, stärker vertreten als zuvor.

Nach dem vom Ältestenrat der Mujahedin-Kommandeure vermittelten Waffenstillstand vom 25. Mai zwischen Masud und Hekmatyar scheint sich der Rat erst einmal stabilisiert zu haben. Hekmatyar anerkannte in dem Abkommen, daß sich Machtwechsel in Zukunft nur noch auf friedlichem Wege und durch Wahlen vollziehen sollen. Doch dieses Zugeständnis kann sich als Taktik erweisen, sobald sich Hekmatyar wieder eine Chance sieht, die Situation mit militärischen Mitteln zu seinen Gunsten zu verändern. Er wird auf alle Fälle ein Störfaktor bleiben, ob er in den Rat eingebunden wird oder ihn von außen bekämpft.

Außerdem repräsentiert der Rat, abgesehen von Hekmatyars Islamischer Partei, nur die großen sunnitischen Mujahedin-Gruppen. So sind die Usbeken-Milizen des "Generals" Dostam, die wesentlich zum Sturz Präsident Najibullahs und zur Übernahme Kabuls durch die Masud-Allianz beitrugen - und bis heute den Flughafen kontrollieren - nicht an der politischen Machtausübung beteiligt. Gleiches gilt die anderen nationalen und religiösen Minderheiten mit Ausnahme der von Masud vertretenen Tadshiken. So erleben die schiitischen Gruppen gegenwärtig eine Neuauflage ihrer

Ausgrenzung durch ihre sunnitischen "Brüder", die ihnen nur fünf von 50 Sitzen in Rat zubilligen, obwohl sie etwa 20 Prozent der afghanischen Bevölkerung stellen. Bei ihnen gibt es zwei Hauptgruppen: Einerseits ist das die Islamische Bewegung des Ayatollah Asef Mohseni, die in Kabul und in der wichtigen Provinz Kandahar stark ist. Sie stützt sich auf die schiitischen Paschtunen. Daneben gibt es die Partei der Islamischen Einheit, hervorgegangen aus einer 9-Parteien-Allianz, die sich mehrheitlich auf Iran orientiert und vor allem aus der Minderheit der Hazara rekrutiert. Patrouillen dieser Partei sind stark in Kabul präsent, wo die Hazara in geschlossenen Wohngebieten leben und vielleicht sogar die stärkste einzelne Bevölkerungsgruppe darstellen. Sie kontrollieren ferner große Teile des dünnbesiedelten zentralafghanischen Hochlandes und gehören zu der Allianz, die die drittgrößte Stadt des Landes, Herat nahe der Grenze zu Iran, kontrolliert.

Zugunsten des Übergangsrates spricht allerdings, daß beide nicht vertretenen wichtigen Gruppierungen, Hekmatyars Partei und die Schiiten, erbitterte Feinde sind, seit einige seiner Anhänger Ende der 80-er Jahre in der Provinz Wardak mehrere Hazara-Frauen vergewaltigten.

Relativ sicher kontrolliert der Übergangsrat - durch die Kämpfer der Masud-Allianz - nur das Norddrittel Afghanistans und die Hauptstadt. Dazu kommen die Ostprovinz Nangrahar, durch die die Straße nach Pakistan führt und sich das für Kabul wichtige Wasserkraftwerk Sarobi befindet, Paktia im Südosten - sie werden von der Islamischen Partei des Yunes Khales und seinen Kommandeuren Jalal-Uddin Haqqani und Abdul Haq kontrolliert - sowie die alte Königsstadt Kandahar im Süden, wo ein Rat aus allen sieben dort vertretenen Mujahedin-Gruppen sowie örtlicher Armeekommandeure herrscht.

### Neue Auseinandersetzungen

Wie instabil die Lage weiterhin ist, zeigt auch die Tatsache, daß nach dem Waffenstillstand zwischen den Führern der beiden militärisch wichtigsten Mujahedin-Gruppierungen in Kabul, Gulbudin Hekmatyar und Verteidigungsminister Ahmad Shah Masud, die Kämpfe weitergingen. Beide hatten vereinbart, alle "Nichtkabuler" Gruppen aus der Hauptstadt, darunter die Usbeken-Milizen Dostams und die schiitischen Mujahedin, aus der Hauptstadt abziehen. An ihrer Stelle sollten die Mitglieder der kleineren Mujahedin-Fraktionen unter Kontrolle des Innenministeriums die Sicherheit in der afghanischen Hauptstadt gewährleisten.

Die Reaktion Dostams auf den verord-

neten Rückzug aus Kabul ließ nicht lange auf sich warten. Nach sechs Tagen Waffenruhe brachen am 30. Mai im Kabuler südöstlichen Vorort Karte Nau neue Gefechte zwischen usbekischen Milizionären unter Kommandant Mohammad Nawab und Mujahedin Hekmatyars aus.

Doch auch die kleineren Mujahedin-Gruppen erwiesen sich nicht als friedlich. Mujahedin der schiitischen Minderheit, die in Kabul stark vertreten ist, weigerten sich, der entsprechenden Anordnung des Ältestenrates der Mujahedin unter Jalaluddin Haqqani nachzukommen und ebenfalls als "Nichtkabuler" die Hauptstadt zu verlassen. Dahinter vermuteten sie wohl nicht zu Unrecht einen Versuch der dominierenden Volksgruppe der Paschtunen, ihre alte Dominanz wiederherzustellen. Nachdem sie Jahrhunderte lang in der afghanischen Gesellschaft als Parias angesehen wurden, gewannen sie durch ihren erfolgreichen Kampf gegen die sowjetischen Interventionen ein starkes Selbstbewußtsein. Als erstes befreiten sie ihr ursprüngliches Siedlungsgebiet, die Hochebene des Hazarajats in Zentralafghanistan, vollständig und gewannen auch unter den schiitischen Arbeitsmigranten in den Städten erheblichen Einfluß.

So ist es nicht verwunderlich, daß sie sich gegen den Rückzugsbefehl zur Wehr setzten, nachdem sie schon bei der Regierungsbildung übervorteilt werden sollten. Sie griffen den Amtssitz Haqqanis an und die Auseinandersetzungen weiteten sich Anfang Juni im hauptsächlich von Schiiten bewohnten Stadtteil Kot-e Sangin und um die Universität zu Straßenkämpfen aus. Als Hauptgegner erwiesen sich dabei die von Saudi-Arabien finanzierten, zumeist paschtunischen Mujahedin der 'Ittihad-e Islami'. Die 'Ittihad'-Leute machten regelrecht Jagd auf schiitische Hazara. An Kontrollstellen seien Passanten nach ihrer Volkszugehörigkeit überprüft und Hunderte in Lager gebracht worden. Auch die Hazara-Mujahedin verschleppten in ihren Vierteln Menschen, die nicht zu ihnen gehörten.

Inzwischen scheinen die Kämpfe erneut abgeflaut zu sein. Viele der Verschleppten, aber noch nicht alle, wurden wieder auf freien Fuß gesetzt. Doch die durchaus ernsthaft erscheinenden Bemühungen des Ältestenrates unter Haqqani, durch das Abkommen zwischen Hekmatyar und Masud sowie den Abzug aller Nichtkabuler bewaffneten Gruppen die Lage in der afghanischen Hauptstadt zu stabilisieren, sind wohl erst einmal gescheitert. Die Kämpfer Dostams und Masuds scheinen als einzige in der Lage zu sein, durch ihre Anwesenheit die kleineren Gruppen davon abzuhalten, in einen Krieg jeder gegen

jeden auszuberechnen.

Wäre es nur so einfach, den länger als 14 Jahre währenden Krieg per Dekret zu beenden, wie es Ratspräsident Mojadeddi am 1. Mai in der 'Pul-e-Kheshti'-Moschee tat. Doch scheitert der Rat der Mujahedin an inneren Querelen, ist die ungedämpfte Fortsetzung der Kämpfe vorprogrammiert. Ob dann auswärtige Vermittler oder die direkter am Konflikt beteiligten Nachbarländer Pakistan und Iran viel ausrichten können, muß bezweifelt werden.

### Afghanistan - Pufferstaat

"The Great Game" - so bezeichnen britische Wissenschaftler den Zweikampf, den sich im vergangenen Jahrhundert die regionalen Großmächte Rußland und Großbritannien um die Vorherrschaft in Mittelasien lieferten. Damals machte die Pattsituation zwischen Russen und Briten Afghanistan zum - je nach Betrachtungsweise - halbkolonialen bzw. halbsoveränen Pufferstaat zwischen zwei Kolonialreichen. Der Nebeneffekt: Der ohnehin im Rückgang befindliche Transithandel, von dem Afghanistan seit Jahrhunderten gelebt hatte, kam nahezu ganz zum Erliegen. Afghanistan wurde endgültig wirtschaftlich zur vernachlässigenden Größe.

Ein Jahrhundert später erleben wir ein neue Auflage des "großen Spiels", nur mit ganz anderen Akteuren. Die Türkei und Indien, Iran und Pakistan, durch den Protektionismus des reichen Nordens von dessen Märkten ausgeschlossen, liefern sich ein Wettrennen um die neuen Märkte Mittelasiens. Hier hoffen sie auf die notwendigen Absatzmöglichkeiten für ihre vom Norden niederkonkurrierten Industrieprodukte. Von Baku bis Bischkek geben sich Präsidenten und Minister die Klinke in die Hand, reichen Kredite herüber und unterzeichnen bündelweise Abkommen.

### Regionale Zusammenarbeit

Das Interesse an regionaler Zusammenarbeit ist durchaus beiderseitig. Die mittelasiatischen Republiken orientieren sich ebenfalls Richtung Süden. Mit dem "kolonialistischen Zentrum" Moskau will man nichts mehr zu tun haben. Wie die Türkei klopft man vergebens an die Türen der EG. Also werden bis jetzt brachliegende Zusammenschlüsse wiederbelebt und erweitert: die "Economic Cooperation Organisation" (ECO) Irans, der Türkei und Pakistans nahm die mittelasiatische Republiken und Aserbaidschan auf, Kasachstan ist Beobachter. Neue Gruppierungen schießen aus dem Boden. Am 3. Februar hoben die Schwarzmeeranrainer auf türkische Initiative KEIP, das "Projekt zur wirt-

schaftlichen Kooperation der Schwarzmeerländer", aus der Taufe, das auch den Mittelasiaten offenstehen soll. Schon zuvor hatte Iran die "Kooperationszone Kaspisches Meer" gebildet. Auf dem Subkontinent gibt es außerdem die "South Asian Association for Regional Cooperation" (SAARC).

Mittendrin befindet sich Afghanistan. Und ohne Afghanistan, so erst kürzlich Pakistans Staatsminister für Wirtschaft Sardar Assef Ali nach einer Rundreise durch Mittelasien, geht nichts mehr. Das bisherige Sperrargument Irans - bezüglich ECO-Beitritt Afghanistans - und Pakistans in der SAARC, Afghanistan müsse erst seine innenpolitischen Probleme lösen, klingt angesichts bevorstehender Gespräche über eine Interimsregierung auf breiter Basis heute eher verheißungsvoll. Pakistans und Indiens Handel mit Mittelasien ist auf die traditionellen Routen via Afghanistan angewiesen. Schon planen Pakistan und Kasachstan eine Bahnlinie durch Afghanistan.

### Wiederbelebung der Transitfunktion

Voraussetzung für den Handel in und durch Mittelasien ist Frieden in Afghanistan. Das haben die Nachbarländer erkannt. Und auch für Afghanistan selbst bietet diese günstige handelspolitische Konstellation Möglichkeiten für den Wiederaufbau. Kann die alte Transithandelsfunktion wiederbelebt werden, könnten Mittel (aus Zöllen, Transitgebühren usw.) akkumuliert werden, die dem Wiederaufbau des Landes zugute kämen. Denn wie der UNO-Friedensplan für Afghanistan ist auch das UN-Aufbauprogramm für Afghanistan, das unter dem Namen 'Salam' (Frieden) und der Leitung von Prinz Sadruddin Agha Khan mit vielen Vorschußlorbeeren gestartet worden war, sang- und klanglos gescheitert. Die reichen Länder im Norden, die jahrelang humanitäre und Wafenhilfe in Milliardenhöhe für die Mujahedin aufbrachten, sahen sich nicht in der Lage, auch das erforderliche Geld für den Wiederaufbau zusammenzubringen. So sind auch hier regionale Lösungen gefragt.

(Der Autor arbeitet bei 'MAHFEL', dem Freundeskreis für Völker West- und Mittelasiens, mit. 'MAHFEL' gibt monatlich ein 28-seitiges Infoblatt über die Region heraus. Zu bestellen über: Th. Ruttig, A.-Abusch-Str. 64, Berlin O-1153.)

Mit diesem Beitrag beginnen wir in 'Südasiens' mit einer regelmäßigen Berichterstattung zu den Entwicklungen in Afghanistan, soweit sie für die südasiatischen Länder relevant sind.